

Soll ich diejenigen, die nicht das tun, was sie tun sollen, dazu drängen, das zu tun, was sie tun sollen?

Begründung individueller Pflichten im Rahmen kollektiven Handelns unter nicht-idealen Bedingungen, Beispiel der Klimapolitik

Abstract des angestrebten Vortrages auf dem 18. Workshop Ethik: „Tun, Zulassen, Unterlassen. Handlungstheorien und ihre Relevanz für die angewandte Ethik“

Eugen Pissarskoi

**Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften,
Universität Tübingen**

Globale klimapolitische Ziele – beispielsweise die Begrenzung des Anstiegs der Oberflächentemperatur auf 1,5°C (IPCC, 2018) – können nur kollektiv erreicht werden, d.h. sie können nur erreicht werden, wenn sehr viele Akteure einen angemessenen Beitrag zur Erreichung des Ziels leisten. Worin der angemessene Beitrag einzelner Akteure besteht, das begründen MoralphilosophInnen mit Hilfe von Theorien distributiver Gerechtigkeit. Unter Annahme einer solchen Theorie lässt sich bestimmen, wie viele Treibhausgasemissionen einzelne moralische Akteure (seien sie Individuen oder institutionelle Akteure wie Staaten) emittieren dürfen, damit die Menschheit das 1,5°-Ziel einhält. In der politischen Realität gibt es allerdings viele Hinweise darauf, dass nicht alle moralischen Akteure so handeln werden, wie die idealen Theorien der Gerechtigkeit von ihnen fordern: Manche Akteure akzeptieren ihre klimapolitischen Verpflichtungen (d.h. das ihnen zur Verfügung stehende Budget an Treibhausgasemissionen) nicht (z.B. die US-amerikanische Regierung), einige Akteure ändern ihr Handeln nicht ausreichend, um den Verpflichtungen nachzukommen (z.B. die Bundesrepublik Deutschland).

So ergibt sich eine Entscheidungssituation mit der folgenden argumentativen Struktur:

1. Prinzipien intergenerationeller Gerechtigkeit fordern, dass die Menschheit den Anstieg der Oberflächentemperatur auf $1,5^{\circ}\text{C}$ über das vorindustrielle Niveau begrenzt.
2. [Prinzip der All-things-considered-Forderung]: Wenn es aus Prinzipien von ϕ -Gerechtigkeit geboten ist, dass p , dann ist es geboten, dass p , ohne dass dadurch andere moralisch bedeutsamere Rechte verletzt werden.
3. [Zwischenkonklusion aus (1) und (2)]: Es ist geboten, dass die Menschheit den Anstieg der Oberflächentemperatur auf $1,5^{\circ}\text{C}$ begrenzt, ohne dass dadurch andere moralisch bedeutsamere Rechte verletzt werden.
4. [Forderung idealer Verteilungsgerechtigkeit]: Damit die Menschheit das $1,5^{\circ}\text{C}$ -Ziel erreicht, ohne dass dadurch andere moralisch bedeutsamere Rechte verletzt werden, müssen folgende moralischen Akteure folgende Handlungen tun: A_1 soll H_1 , A_2 soll H_2 , ... und A_n soll H_n .
5. [Zwischenkonklusion aus (3) und (4)]: Es ist geboten, dass A_1 H_1 tut, A_2 H_2 tut, ... und A_n H_n tut.
6. [Empirische Prämisse]: A_n wird H_n nicht tun.

Simon Caney (2016a; 2016b) hat folgende Möglichkeiten unterschieden, im Lichte der Prämissen (1) bis (6) eine Handlungsempfehlung zu begründen:

M_1 Ziel modifizieren (1 anpassen);

M_2 Moralische Nebenwirkungen, i.e. Verletzungen anderer moralischer Rechte, zulassen (2 anpassen);

M_4 Moralische Verpflichtungen zwischen moralischen Akteuren, die ihren Pflichten nachgehen (A_1, \dots, A_{n-1}), neu verteilen (4 anpassen);

M_6 A_n dazu bringen, H_n zu tun (6 anpassen).

Welche der Optionen M_1 bis M_6 sollen unter den gegebenen empirischen Umständen gewählt werden? Roser und Seidel (2013) haben dafür argumentiert, M_4 zu wählen: Die ihrer moralischen Verantwortung folgenden Akteure haben die Pflicht, die Lasten der ihrer Verantwortung nicht nachkommenden Akteure unter sich aufzuteilen. Caney (2016) hat hingegen dafür argumentiert, gemäß

M_6 zu handeln. Die ihrer Verantwortung nachgehenden Akteure sollen Maßnahmen ergreifen, mit denen H_n dazu gebracht wird, das zu tun, was sie gemäß (4) tun soll.

In meinem Vortrag werde ich die These vertreten, dass eine Beurteilung, ob die Prämisse (6) diejenige ist, die unter nicht-idealen Zuständen angepasst werden sollte, eine detailliertere Beschreibung der Prämisse erfordert als bislang in der Literatur diskutiert (Literaturüberblick: Brandstedt (2017)). Ich werde zwei Versionen der Prämisse (6) unterscheiden:

6* Wir wissen, dass A_n H_n nicht tun wird.

6** A_n erklärt die Absicht, dass sie H_n nicht tun wird.

Ich werde diskutieren, welche Handlungen unter Annahme von (1) bis (5) geboten sind, in Abhängigkeit davon ob 6* oder 6** die politische Realität adäquat beschreibt.

Hierzu werde ich mehrere Fälle diskutieren:

(1) 6* ist der Fall (A_n wird H_n nicht tun) und A_n akzeptiert (1) und (4).

Wenn A_n ein individueller Akteur ist, so ist eine solche Situation ein Fall von Willensschwäche. Wenn jedoch A_n ein kollektiver Akteur ist, beispielsweise ein Staat oder ein Unternehmen, dessen Repräsentanten (1) und (4) akzeptieren, so kann diese Situation einen Fall von Durchsetzungs- bzw. Koordinationsschwäche innerhalb einer Institution sein.

(2) 6** ist der Fall (A_n erklärt die Absicht, dass sie H_n nicht tun wird) und A_n akzeptiert (1) oder (4) nicht, akzeptiert also nicht, dass sie die moralische Verpflichtung hat, H_n zu tun.

Hier will ich zwei weitere Fälle unterscheiden:

(2.1) A_n 's Begründung ihres moralischen Standpunktes rekuriert auf (normative oder deskriptive) Grundüberzeugungen, die ungerechtfertigt sind (z.B. Verneinung kausaler Zusammenhänge oder Bestreiten, dass zukünftig lebende Menschen moralisch berücksichtigungswürdig sind)

(2.2) A_n 's Begründung ihres moralischen Standpunktes basiert auf geteilten moralischen Grundüberzeugungen, aber A_n nimmt andere Gewichtungen bei der Beurteilung der Risiken vor: A_n hat eine hohe Aversion gegenüber Risiken heute lebenden Menschen gegenüber und eine geringe Aversion gegenüber Risiken zukünftigen Generationen gegenüber.

Ich werde dafür argumentieren, dass in den Fällen (1) und (2.1) die Handlungsoption M_6 – die besagt, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen A_n dazu gebracht wird, H_n zu tun – gerechtfertigt ist. Im Fall (2.2) ist hingegen M_4 diejenige Handlungsoption, die umgesetzt werden sollte.

Literatur

- Brandstedt, Eric (jun 2017): Non-ideal climate justice. *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, S. 1–14.
- Caney, Simon (2016a): Climate Change and Non-Ideal Theory. Six Ways of Responding to Non-Compliance. In: *Climate Justice in a Non-Ideal World*, Hg. Clare Heyward und Dominic Roser, Oxford University Press, Oxford, S. 21–42.
- Caney, Simon (2016b): The Struggle for Climate Justice in a Non-Ideal World. *Midwest Studies In Philosophy*, (XL):9–26.
- IPCC (2018): Summary for Policymakers. In: *Global warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty*, Hg. Valérie Masson-Delmotte; Panmao Zhai; Hans-Otto Pörtner; Debra Roberts; Jim Skea; Priyadarshi R. Shukla; Anna Pirani; Wilfran Moufouma-Okia; Clotilde Péan; Roz Pidcock; Sarah Connors; J. B. Robin Matthews; Yang Chen; Xiao Zhou; Melissa I. Gomis; Elisabeth Lonnoy; Tom Maycock; Mellinda Tignor und Tim Waterfield, World Meteorological Organization, Geneva, S. 1–32.
- Roser, Dominic und Christian Seidel (2013): *Ethik des Klimawandels. Eine Einführung*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.